

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag des E. Meck'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Ström). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Ström in Neuenbürg.

Nr. 98.

Neuenbürg, Samstag, den 28. April 1923.

81. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Es geht und in Deutschland, möchte man fast meinen, immer noch nicht schlecht genug. Wenn die Franzosen oder Engländer sich in so übler Lage befinden wie wir Deutsche, so würde man sie sich zu einer feilen Einheit zusammenschließen und damit die Kraft zur Abwehr und den Widerstand finden. Man nennt das die politische Reife eines Volkes. Deutschland liegt nun schon 1 1/2 Jahre darnieder und befindet sich seit zwei Monaten in einer Krise, die nur überstanden werden kann, wenn die letzte Kraft und der ganze Selbstbehaltungswille sich im Willen zur Einheit zusammenschließen. Das Kabinett Cuno hat den Versuch unternommen, wenigstens für Ordnung in den politischen Verhältnissen zu sorgen und neue Kräfte zu wecken, wie sie durch den Vordruck und die fortgesetzten Sprengversuche in jeder größeren politischen Versammlung auftreten, vom Reichstag ferngehalten. Wir meinen die Verordnung gegen Störung der Ruhe und Sicherheit, die es den radikalen Elementen von links und rechts verbietet, bewaffnet in die Türe zu gehen und mit Hilfe von roten oder blauen Sturmtrupps die Versammlungen und Versammlungsorte zu terrorisieren. Der Reichstag hat sich zwei Tage lang mit diesem Sprengversuch beschäftigt. Die Sozialdemokratie setzt sich auf einmal in den Kopf, die Verabsichtigung des Entwurfs zu hintertreiben. Auf der einen Seite vertritt die Linke, sie denkt nicht daran, auf die Regierung Cuno zu verzichten und sich selbst zum Reichstagspräsidenten zu machen; auf der anderen Seite man die Stellung des Kabinetts bei der Behandlung des Entwurfs zu untergraben. Und doch will es auch sozialdemokratische Versammlungen, beispielsweise in Bayern, vor einer Verengung durch die Nationalsozialisten ebenso schützen wie bürgerliche Versammlungen etwa in Sachsen und Thüringen vor den Anschlägen der Linken. Aber es ist hier wieder nur bei dem Gesetz zum Schutz der Republik: Die Linke löst nur die Freiheit gelien, die sie für sich selbst in Anspruch nimmt. Armes Deutschland!

Wie sollen wir unter solchen Umständen den weiteren Kampf gegen den französischen Übermut bestehen? Die Lage ist verzweifelt als je. Der englische Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Curzon, hat neulich eine ungeheure wichtige Rede gehalten, die in der Aufforderung an Deutschland gipfelt, positive Leistungsvorschläge zu machen, um endlich zu Verhandlungen zu kommen. Die Reichsregierung ist dazu bereit. Aber der Kampfplan Poincaré trägt alle paar Tage in irgend einer Versammlung seinen alten Spruch in neuen Tönen gegen die Gefahr deutscher Rückgefälle. Er und seine Leute wollen nicht, daß Deutschland zur Ruhe kommt. Es soll politisch und wirtschaftlich am Boden gehalten, aufgeteilt und entzerrt werden, damit Frankreich seinen Haub ungehindert geniesse und die Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent erringen kann. Allein wir müssen verhandeln. England handelt in nicht unzulässiger, sondern in eigenem Interesse. Und dieses Interesse ist im Augenblick doch auch das unsere. Deshalb müssen wir die Gelegenheit wahrnehmen und dürfen vor den ungeheuren Schwierigkeiten, die in nächster Zeit sicherlich noch größer werden, nicht zurückweichen. Die deutsche Note mit den bindenden Erklärungen ist jetzt fällig. Zunächst haben wir eine bestimmte Zahl zu nennen, die zu leisten wir gewillt und instande sind. Schon das ist außerordentlich bedeutend. Dann aber kommt die Räumungsfrage und das Problem der Zollsicherheiten. Es ist doch selbstverständlich, daß mit Zollsicherheiten erst begonnen werden kann, wenn keine fremde Besatzung mehr im Ruhrgebiet steht, die Gefangenen befreit, die Vertriebenen und sonst Geschädigten wieder in ihrem Besitz sind. Gar nicht die Rede sein darf von dem selbst in England nicht verdrängten Plan, eine Erleichterung der alten Besatzungszone durch die Internationalisierung oder Neutralisierung des Rheinlandes zu erlangen. So wird wohl zu Anfang der nächsten Woche die einzige und letzte Note Deutschlands in dieser Form zur Abwendung gelangen. Die französische Ablehnung wird schon zum Voraus verhofft.

Dabei geht der Kampf im Einbruchgebiet an der Ruhr unvermindert weiter. Die Franzosen und Belgier häufen Gewalt auf Gewalt. In starker Entschlossenheit setzt die Bevölkerung ihren mehr und waffenlosen Widerstand fort. Gefährliche Zwischenfälle durch Demonstrationen kommunistischer Arbeiter gegen die deutschen Behörden, wobei es sogar zu Schießereien kommt und die Geschäfte gelüftet werden, verschlimmern noch unsere Lage. Die Gewerkschaften aller Räumungen fordern die Aufhebung der Betriebsbehinderung. Die Rot wird größer, die Sterblichkeit nimmt rasant zu. Der französische Sadismus, d. h. die durch Verübung von Grausamkeit erzeugte Wut, feiert graufige Orgien. In Heilanstalten müssen die Kinder der bedrängten Familien ins unendliche Deutschland verbracht werden, viele auch nach Württemberg. Das ist ein trübes Kapitel. Die städtische Bevölkerung hat zumeist flüchtig verläßt, die Kinder müssen aus Bond. In jammervollstem Spiechertum sitzen viele tausend schwächliche Waiskinder aller Stände hinter dem Ofen oder beim Schornstein, schlagen mit der Faust auf den Tisch, vollführen patriotische Reden und leisten nichts! Man hat ja schon einmal zur Hilfe in den Zeitungen recht an entsetzlichen Schilderungen über den Kampf der deutschen Brüder im Westen, geht einen weiter nichts an. Man könnte man wünschen, daß die Leute solchen Geistes nur acht Tage eine französische Befragung zu hören bekommen. Dann würde ihnen diese erbärmliche Selbstliebe, diese politische Selbstentwertung bald zum Bewußtsein kommen. Überall im Lande wird jetzt Schillers Kell geschrien. Man sollte auch einmal seine Langkatzen von Orleans anführen mit der Stelle, wo es heißt: Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre!

Deutschland.

Enztäler, 27. April. Nach einer Mitteilung des Finanz-

ministeriums werden die Gemeinden demnächst als Abzugszahl auf ihre Anteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer für 1923 das Doppelte der für das Rechnungsjahr 1921 vorläufig berechneten Anteile erhalten.

München, 27. April. Der Bayerische Städtebund erklärt, daß er sich zum Verstumeln der Preisforderung der Milchproduzenten dringe und verlangt von der Gesamtstaatsregierung endlich Maßnahmen gegen die Verarbeitung von Frischmilch. Der Bayerische Städtebund hat diesmal zugestimmt, daß der Verbraucherpreis auf etwa 90 Mark der Liter festgesetzt wird. — Dem Protest gegen die Verarbeitung von Frischmilch schlossen sich auch die meisten Kreise Württembergs an.

Berlin, 27. April. Das Ministerium des Innern in Preußen beabsichtigt für die Zeit des Ruhrstreiks alle Vergünstigungen leichter Art. — Vom 1. Mai ab werden die Telephongebühren Frankreich im Bereich mit Deutschland vereinbart. Die Kampfanzeige der bayerischen Volkspartei an die Nationalsozialisten.

München, 27. April. Die Bayerische Volkspartei scheint nunmehr den Kampf gegen den Nationalsozialismus in großem Stile aufnehmen zu wollen. Inzwischen ist ein Flugblatt verteilt, das die Ueberschrift trägt: „Der Nationalsozialismus“ und insgesamt sechs Fragen beantwortet, die lauten: Wober kommt er? Welches ist sein Grundgedanke? Wie stellt sich die deutschchristliche Weltanschauung des Nationalsozialismus zum Christentum, zum katholischen Glauben und zum Protestantismus. Wie stellt sich der Nationalsozialismus zum Judentum? Wie zum bayerischen Staat und zum Reich? Endlich über den sozialistischen Einschlag des Nationalsozialismus im allgemeinen?

Der Grundgedanke ist der, daß dieses Flugblatt darzulegen versucht, wie verworfen der Nationalsozialismus und seine Führer über politische Fragen und Staatsautorität denken. Ein Satz ist sehr beachtlich, der lautet: „Bilde ich Hitler etwa ein, daß wenn er Diktator wäre, wir dann billigeres und mehr Brotwehl, Fleisch und Fett bekommen und daß ihm und gerade ihm zuliebe etwa Frankreich sich anders einstellt? Der Feind steht an der Ruhr und am Rhein, und wir müssen trotz des Gefährs der Nationalsozialisten zu einer nationalen Einheitsfront kommen.“ Das Flugblatt schließt: „Stellt euch geschloffen hinter die verfassungsmäßige Regierung, stützt die Staatsautorität gegen alle Gruppen, die von neuem Intraden und namenlos Unheil über unser Volk bringen wollen!“

Ein 10 Milliarden-Defizit des Reichshaushalts.

Berlin, 27. April. Aus der neuen Fassung des Reichshaushaltsplans für 1923 geht, wie eine biesige Nachrichtenstelle mitteilt, hervor, daß man mit einem Aufkommen aus der Einkommensteuer von 450 Milliarden rechnet und aus der Kohlensteuer mit einem Ertrag von 2 1/2 Billionen. Im übrigen schließt der Etat sowohl im Reuehen wie im Innern mit einem großen Defizit ab, das bereits auf über 10 Billionen geschätzt wird, namentlich im äußeren Haushalt, wo Einnahmen von 360 Millionen Ausgaben in Höhe von 8 Billionen gegenüberstehen.

Forderung einer Diäten-Erhöhung im Reichstag.

Im Anschluß an die Bewilligung eines 13. Monatsgehaltes für die Beamten hat, wie die „Kreuzzeitung“ wissen will, der Reichstag beim Reichsministerium des Innern angefragt, wie es mit den 13. Monatsdiäten für die Abgeordneten stehe. Das Ministerium hat erwidert, es überlasse die Entscheidung darüber, ob für die Reichstagsabgeordneten ein 13. Diätenmonat in den Kalender einbezogen werden soll, dem Reichstag selbst. Bei der herkömmlichen Beschlußfähigkeit des hohen Hauses wird man in der Bevölkerung für ein derartiges Verlangen wenig Verständnis haben.

Die Folgen.

Leider hat das Drängen sozialdemokratischer Kreise auf Verhandlungen unter allen Umständen in Frankreich bereits den Erfolg gehabt, daß man dort den Widerstand Deutschlands für erschöpft hält. Diese Ansicht wird gestützt werden durch die Rede, die der soz. Abg. Schöpflin am Mittwoch in Karlsruhe hielt und in der er sagte: Deutschland muß erfüllen, d. h. es muß zahlen und liefern. Es ist Deutschlands Pflicht, ein klares Angebot zu machen, es müssen klare, eindeutige Garantien geboten werden. Die Rede Rosenbergs genügt nicht, das Fandern Cunos auch nicht. Die Regierung muß ein Angebot machen, rasch und unabweislich. Der Besitz in Deutschland könne weit mehr leisten, als er behauptet, und sehr viel mehr bezahlen, als er bisher getan hat. — Das ist Ruft für französische Ohren.

Aufführung zu den „Devisen-Käufen“ des Stinnes-Konzerns.

Während der „Vorwärts“ auch heute früh noch behauptet, daß der Berliner Vertreter des „New-York Herald“ zur Wiederherstellung seiner Ehre Schritte unternommen habe, um darzutun, daß er tatsächlich dieser Tage ein Interview mit einem „Stinnes persönlich auf das engle verbundenen Heeren“ gehabt und dieser ihm die Devisenkäufe des Konzerns bestätigt hätte, wird in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ an der Spitze des Blattes erklärt, daß dieser hochgeschätzte persönliche Vertreter von Hugo Stinnes ein Annoncenfachmann mit dem wohlklingenden Namen Dennis sei, der auch gelegentlich der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ inserierte. Dieser Herr Dennis sei aber nicht einmal von dem Vertreter des „New-York Herald“ selber, sondern von einem Mittelmann angeführt worden. Das wäre also die Geschichte von dem Leutnant, der kein Leutnant, sondern eine Waiskatze war. Im übrigen möchten wir glauben, daß sich die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gefern mit der Frage beschäftigt hat und daß wohl auch die Nationalliberale Korrespondenz aufklärend zu der Angelegenheit Stellung nehmen wird.

Zur Festlegung der deutschen Note.

Berlin, 27. April. Bisher sind, wie wir wiederholt betonen möchten, die Verhandlungen über die deutsche Note nur inner-

halb der einzelnen Ressorts geführt worden. Heute indes kehrt der Reichspräsident nach Berlin zurück, und nunmehr wird wohl das Reichskabinett unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten sich mit der Frage beschäftigen. Der gewöhnlich gut unterrichtete Sozialdemokratische Parlamentsdienst bestätigt im übrigen unsere Angaben über die Absichten der Regierung. Es sei mit einem äßternmäßigen Angebot zu rechnen, das im Rahmen des letzten deutschen Vorschlages für die Pariser Konferenz gehalten sein soll. Darüber hinaus würde die Regierung unter gewissen Voraussetzungen sich bereit erklären, die endgültige Leistungsfähigkeit Deutschlands von Autoritäten abschätzen zu lassen. Es sei aber ganz selbstverständlich, daß in dieser Abschätzungs-Kommission auch Deutschland vertreten sein muß und daß ihre Zusammensetzung das notwendige Vertrauen in Deutschland haben müsse. Einer Kommission, welche in der Mehrheit aus Vertretern der alliierten Staaten besteht, könne die deutsche Regierung die Abschätzung unserer Leistungsfähigkeit nicht überlassen. — Ueber die Garantiefrage herrsche, wie der Sozialdemokratische Parlamentsdienst behauptet, bei den vorbereitenden Inzianzen der Regierung noch nicht vollkommene Klarheit. Die Sicherheitsfrage indes würde eine Verhandlung erfahren, welcher jeder Deutsche zustimmen könne.

Dieser Darstellung gegenüber glauben Pariser Meldungen von folgenden Programmpunkten zu wissen: Deutschland wird den basken Widerstand bis zur nachgültigen Lösung fortkieen. Auf ein mit Garantien ausgestattettes deutsches Angebot sollen die Franzosen das Ruhrgebiet räumen. Deutschland wird Garantien geben, die der Reichsbesitz nicht zum Schaden gereichen.

Ausland.

Paris, 27. April. Das verbreitet aus Essen folgendes Telegramm von der Erziehung eines Deutschen: In der Nacht vom 23. April versuchte ein Deutscher in das französische Militärlager von Jagerhof einzudringen. Die Schildwache gab nach Kuruz Feuer. Der Deutsche wurde getötet.

Der Plan des polnisch-französischen Wirtschaftskomitees. Paris, 23. April. Aus Warschau wird dem „Matin“ berichtet: Die polnische Wirtschaftskommission, die von Paris, die Geschäftsfabriken von Le Creusot, St. Chamond, Le Havre, Konec, Wille, Dijon, besucht hat und suchen hier wieder eingetroffen ist, hat aus ihren Eindrücken und Verhandlungen sehr bedeutungsvolle Schlüsse hinsichtlich der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern gezogen. In einer Denkschrift hat die Kommission folgende Punkte aufgestellt:

Jede Einmischung dritter Staaten in die Beziehungen zwischen Polen und Frankreich muß vermieden werden. Es muß eine regelmäßige und großzügige Schifffahrt zwischen Le Danne und Danzig ins Leben gerufen werden; Frankreich verpflichtet über eine Handelsflotte, die einen solchen Dienst einrichten kann. Frankreich wird auch dafür zu sorgen haben, daß der Industriekredit von deutscher Seite vollständig ausgeglichen wird. Französische Kapitalien sind vor dem Kriege bereits nutzbringend in Polen investiert worden. Gegenwärtig sind die Ausichten noch viel günstiger, denn Polen benötigt für seine nationale Verteidigung (1) Automobile, Tanks, Kanonen, Flugzeuge usw. Hier ist ein reiches Feld für franco-polnische Unternehmungen gegeben. Polen, das viele Ingenieure und Kaufleute besitzt, die Rußland gründlich kennen, würde die franco-russischen Handelsbeziehungen wiederherstellen. Das wirtschaftliche Zusammengehen zwischen Polen und Frankreich ist eine notwendige Ergänzung der politischen Allianz beider Nationen. Die wirtschaftliche und militärische Konsolidierung Polens bedeutet für Frankreich eine Machtsteigerung.

Ein Aufruf des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch.

Das Blatt „Ballan“ in Belgrad veröffentlicht einen Aufruf der russischen Monarchisten, in dem erklärt wird, Oberkommandant Großfürst Nikolai Nikolajewitsch stehe an der Spitze der Bewegung, die das russische Reich unter dem Joch der gefesselten Jaren wieder herstellen will. Das monarchistische Rußland habe keine Eroberungsziele und wolle auch nicht die gewalttätige Angliederung jener Staaten, die sich von kommunistischen Rußland abgetrennt haben. Die Kundgebung verheißt die Freiheit der Konfessionen und der politischen Ansichten und sagt sich von jeder Rachevolllust für die Vergangenheit los. Die monarchistische Regierung werde alle Verpflichtungen gegenüber dem Ausland erfüllen, sie werde aber jene Verträge nicht anerkennen, die zum Nachteil Rußlands geschlossen worden seien. Der Aufruf kündigt die Bekräftigung des nationalen Rußland mit harter Hand in baldiger Zukunft an.

Neues Vorgehen zur Entwaffnung Deutschlands.

London, 27. April. Im Unterhaus fragte gestern das Parlamentsmitglied Wedgwood Ben, Arbeiterpartei, den Premierminister, ob die britische Regierung irgend ein Abkommen mit ihren Alliierten über die Organisation der deutschen Polizei in militärische Gruppen und andere daran bezügliche Fragen getroffen habe. Guinech erwiderte, die Antwort laute neulich dem Hause mitgeteilt habe, die Regierung sei befriedigt, daß Deutschland die Abrüstungsbestimmungen des Vertrags ausführe. Guinech erwiderte, der Reichsterrat stehe in diesen Fragen mit der deutschen Regierung in Verbindung. Bezüglich der Einzelheiten könne er weiter keine Antwort geben. — Wedgwood Ben fragte: Welchen Wert hat es, eine neue Forderung an Deutschland zu stellen, wenn die Regierung erklärt, befriedigt zu sein, und daß die Bedingungen ausgeführt wurden. Guinech erwiderte, gewisse Tatsachen seien wahrscheinlich ans Licht gekommen und die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung werde zweifellos auf diese Tatsachen gelenkt. Diese Frage liege in der Hand des Reichsterrats, Guinech selbst verfüge nicht über die verlangten Informationen. — Wedgwood Ben erklärte: Die Antwort, die neulich gegeben wurde, lautete daß die Bestimmungen durchgeführt wurden. Das dies jetzt nicht mehr Geltung? Guinech erwiderte, anscheinend sind dem

Anzeigerpreis:
Die einpolige Beilage ab.
deren Raum i. d. Nr. 129. —
außerhalb des Jahres 100. —
einjährig. Inland 100. —
Zuschlag. Christ u. Ost-
festerstellung 50. —
Name-Zeile 350. —
Bei größeren Aufträgen ent-
sprechender Rabatt, der im
Anle des Nachverlaufs
hinzufigt wird, ebenso wenn
Zahlung nicht innerhalb
14 Tagen nach Rechnungs-
datum erfolgt.
Bersprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge
wird kleinerer Gebühre über-
nommen.

April 1923.
ige.
Bekannt
ute früh
er Halle,
unger und
Dafel
mann
gen Ruhe
ein-
uer:
mit Kindern.
ag 1/3 Uge.
Neu!
lung
lungsanfall.
einem vererbt
ebung, fämliche
hräder
n. Ferner ha
neu eingericht
Gmailler- und
dieses Hoch
bezw. zu emal
pändler erhalten
en a. Gu,
verkau
meines Betri
nge Vorat;
Knaben, Ma
esefel, schw
öße und Au
d Halbsh
ße Leinen.
ligsten Preis
Bürkle,
geschlossen.
kauf
Ihr ab
Höfer
ransport
ffiges
eh
gen,
Miltshil
wie eine
tiere und
licht einladen
Löwengard
genbach.
erlaufen
24. April in
junger, w
er mit nicht
Chren. W
anno Würd
3. Lamm.



Bothschafterrat einzelne Beschwerden vorgebracht worden. — Das Parlamentarische Mitglied Verker fragte, welche Schritte die Regierung zu tun beabsichtige, um dieses Abkommen durchzuführen. Gmüsch erwiderte, die Regierung verhandle durch den Bothschafterrat, aber natürlich könne er nicht sagen, welche Schritte infolge dieser Frage nötig sein würden.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Reuenburg, 27. April. Als zeitgemäße Warnung, die auch sonst im Lande zu beachten ist, hat das Stuttgarter Polizeibrigadientum der Presse eine Mitteilung gegeben lassen, in welcher die Käufer vor sogenannten billigen Gelegenheitskäufen gewarnt wurden, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, in den Verdacht der Hebelerei zu kommen oder aber, wenn Gültigkeit vorliegt, die Ware als gestohlenes Gut wieder zurückgeben zu müssen. Grund zu dieser Mitteilung bildeten einige in der letzten Zeit ermittelte Fälle, in welchen Angestellte den ihnen anvertrauten Agern Waren im Wert von vielen Millionen entnommen hatten, um sie dann unter der Hand weiter zu verkaufen. In einigen Kreisen der Angestellten hat man in dieser Mitteilung des Polizeibrigadientums eine Verabredung des Angestelltenstandes erblicken wollen. Das ist natürlich eine durch- aus abwegige Auffassung, denn es wird doch keinem Menschen einfallen, für Verfehlungen, die sich einzelne zuschulden kommen lassen, den ganzen Stand, zumal einen zahlenmäßig so großen und so viele Kategorien umfassenden Stand wie die Angestelltenstand, verantwortlich zu machen.

Landkrankenassen.

Bekanntlich haben die rechtslebenden Parteien und neuerdings auch die Landvolkskammer bei der Württ. Regierung den Antrag auf Errichtung von Landkrankenassen in Württemberg eingebracht. Dadurch soll erreicht werden, daß die in der Landwirtschaft beschäftigten Personen und die Dienstboten aus den Allgem. Ortskrankenassen auscheiden und in besonderen Assen zusammengefaßt werden. Die Antragsteller sind der Ansicht, daß Landkrankenassen mit geringeren Beiträgen die Krankenversicherung durchführen können, weil die Erkrankungsgefahr bei den übrigen versicherungspflichtigen Personen sei als bei den übrigen versicherungspflichtigen Personen in der Industrie, im Handel und Gewerbe und, weil die bei zahlreichen Allgem. Ortskrankenassen eingeführte Familien- bilde, an der die weitaus meisten (ledigen) Landkrankenassen- pflichtigen kein Interesse haben, die Beiträge wesentlich erhöhen. Bei oberflächlicher Betrachtung der Verhältnisse scheinen die Antragsteller im Recht zu sein. Weht man aber der Sache auf den Grund, so kommt man zu ganz anderen Ergebnissen. Schon im Jahre 1917 wurde auf Grund genauer Berechnungen nachgewiesen, daß Landkrankenassen in Württemberg nicht imstande wären, mit niedrigeren Beiträgen als die Allgem. Ortskrankenassen ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen. Seitdem hat sich wohl manches geändert, aber gewiß nicht zu Gunsten der Landkrankenassen. Es ist zwar richtig, daß in Industrie- und Gewerbebetrieben die Krankenzahl prozentual etwas höher ist als bei den in der Landwirtschaft Beschäftigten und bei den Dienstboten. Diesem günstigen Moment haben aber folgende Tatsachen gegenüber: Einerseits sind die Beitragseinnahmen der Landkrankenassen verhältnismäßig sehr gering, weil der Wert der Sachbezüge lange nicht der Wirklichkeit entsprechend festgesetzt ist und die Bezüge der fraglichen Personen gegenüber den Löhnen der Industriearbeiter sehr bescheiden sind, während die letzteren aus ihren größtenteils hohen Verdiensten die Beiträge zu bezahlen haben; andererseits sind die Ausgaben für Landkrankenassenpflichtige insofern relativ höher, als Dienstboten im Gegensatz zu den übrigen Versicherten bei Arbeitsunfähigkeit einen Rechtsanspruch auf Krankenhauseinweisung haben — die Krankenhauseinweisungskosten belasten die Assen außerordentlich — und insbesondere auch der Aufwand für ärztliche Wegefahr wegen der in Betracht kommenden großen räumlichen Entfernungen sehr ins Gewicht fällt; außerdem sind die Kosten für Zahnbehandlung verhältnismäßig höher, weil es sich bei Landkrankenassen weit überwiegend um weibliche Versicherte handelt, die erfahrungsgemäß den Zahnarzt viel häufiger in Anspruch nehmen als die männlichen Versicherten. War schon, wie bereits ausgeführt, im Jahre 1917 die Unmöglichkeit einer billigeren Versicherung der Landkrankenassenpflichtigen zahlenmäßig nachgewiesen, so ist dies heute noch mehr der Fall, weil die amtlich festgesetzten Wertoberträge für Kost und Wohnung usw. und demgemäß ihre Beitragslasten lange nicht in dem Maße gestiegen sind, als die Beiträge der übrigen versicherungspflichtigen Personen. Die Annahme wäre aber falsch, daß höheren Beitragseinnahmen im gleichen Verhältnis auch größere Ausgaben gegenüberstehen, denn bei vielen Ausgabenposten (z. B. Arzt, Apotheke, Krankenhaus, Verwaltungskosten) spielt die Lokalisation der Versicherten keine Rolle. In hochfreien herrscht kein Zweifel darüber: je mehr Versicherte in den höchsten Lohnstufen, umso besser gestalten sich die finanziellen Verhältnisse einer Assen. Daher kommt es, daß zahlreiche Allgem. Ortskrankenassen des Landes ohne Familien- bilde, deren Mitglieder weit überwiegend aus Dienstboten und landwirtschaftlich Beschäftigten bestehen, gegenüber den Assen mit vorwiegend Industriearbeitern, die Familienbilde eingeführt haben, bei gleichem Beitragsfuß schlechter finanziert sind. Es kann also keine Rede davon sein, daß Landkrankenassen, deren Mitglieder fast ausschließlich in die niederen Lohnstufen eingereiht sind, mit geringeren Beitragslasten ihre Ausgaben betreiben können. Nur in den wenigen Bezirken, wo die Assen Krankentasse vielleicht mit Rücksicht auf eingeführte Mehrleistungen 9 Prozent des Grundlohns und mehr erhebt, wird es da und dort möglich sein, daß im Falle der Errichtung einer Landkrankenasse mit etwas geringeren Beiträgen (etwa 1 Prozent) auszukommen wäre. Steht man aber den Unterschiedsbetrag fest, so ergibt sich ein Mehr von 400—500 Mark für ein Versichertes im Monat, eine Summe, die heutzutage unvorstellbar ist und eine Zerstückelung des Krankentassenbeitrags durchaus nicht rechtfertigt. Geht man von rein wirtschaftlichen Erwägungen aus, so kann die Errichtung von Landkrankenassen in Württemberg, wo die Verhältnisse in dieser Hinsicht ganz andere sind als z. B. in Norddeutschland, nicht empfohlen werden.

Bermischtes.

Ein Milliardenerbe. Ein Kaufmann in Wpolda erhielt die Nachricht, daß sein Sohn von seinem verstorbenen Vater in Amerika 500 000 Dollar, also rund 10 Milliarden Mark, geerbt habe.

Brotpreiserhöhung in Sicht. Auf dem Getreidegroßmarkt sind die Preise sprunghaft in die Höhe getrieben worden, was den Hochpreisen unverkennlich ist, weil der Großhandel und die Mühlen zur Beschaffung ihrer Waren, die fast nur aus Fremdländern bestehen, keiner fremden Devisen bedürfen. Am 3. Februar kostete bei einem Dollarstand von 37 000 der Doppelzentner Roggenmehl 170 000, Weizenmehl 205 000 Mark. Februar war bei einem Dollarstand von 19 800 der Roggenpreis auf 135 000, der Weizenpreis auf 150 000 Mark gestiegen, während das Brot 2000 Mark kostete. Stand am 6. April: Dollar 21 000, Roggenmehl 130 000, Weizenmehl 145 000, Brot 1750; 9. April Dollar und Brot unverändert, Roggen 133 000, Weizen 148 000; 18. April Dollar 25 000, Roggen 145 000, Weizen 170 000, Brot unverändert. — Ähnlich wird dazu mitgeteilt,

daß hier ein hartes Zurückhalten von Getreide und Mehl im Großhandel geübt werde, denn die Verände an Inlandsweizen seien so groß, daß die Brotverfertigung bis zur neuen Ernte gesichert ist. Heute ist jedoch auch über die letztgenannten Preise hinaus kein Mehl zu haben. Wenn das so weiter geht, werde es unmöglich sein, die bisherigen Brotpreise aufrecht zu erhalten. Eine Brotpreiserhöhung würde jedoch allgemein zweifellos neue Lohnerböhrungen nach sich ziehen.

Ein französischer „Gentleman“. Eine im Rheinland ansässige Seifen- und Glaserfabrik hatte von der südfranzösischen Raffinerie Raymond Radisson in Marseille eine Offerte erhalten, auf die sie, nach der „Chemischen Industrie“, folgende Antwort erteilte: „Wir verstehen nicht, wie Sie uns zumuten können, von Ihnen zu kaufen, solange Ihre Landsleute das Ruhrgebiet besetzt halten. Da die französischen Berichte feststellen, daß keine Menge mehr das Ruhrgebiet nach hier verläßt, sondern schon große Mengen nach Frankreich transportiert werden, so halten wir es für richtiger, daß Sie das Ruhrgebiet in eigenen Händen mit Kohlenbeständen versorgen, als daß Sie Kohle ja sehr knapp sein soll.“ Auf dieses Schreiben ging eine Antwort ein, die als Dokument französischer Kultur und als Beispiel modernen französischen Geschäftstuns in wörtlicher Uebersetzung mitgeteilt sei:

Marseille, den 3. April 1923.

Meine Herren! Wir sind im Besitze Ihres Schreibens vom 28. vto. Ihre Denkartweise wird sich niemals ändern, die Beistellung wäre das einzige Mittel, Sie zur Vernunft zu bringen. Wenn unsere Truppen heute an der Ruhr stehen, so ist allein die deutsche Unredlichkeit, deren Zeuge die ganze Welt ist, daran schuld. ... Nicht damit zufrieden, Hahnschmüßer gewesen zu sein und den größten Schandenstreich aller Zeiten begangen zu haben, haben Sie überdies noch die Arbeit, den Kopf wieder hochzuhalten!!! Ich bedaure, nicht mächtiger in Frankreich zu sein, um Sie so zu züchtigen, wie Sie es verdienen. „Schmüßer- sündenbände“!!!

Die unkorrekte Art und Weise, wie Sie sich 1870 benommen haben, als Sie Sieger waren, muß Ihnen beweisen, daß wir etwas mehr „Gentleman“ als Ihre schmüßige Rasse — sind und daß wir ein wenig besser behandelt haben, als Ihre Väter uns gegenüber, „Sündenbände“... Es ist wirklich bedauerlich, daß man uns, als Sie im September 1918 „Knodent“ waren, verhindert hat, Ihnen das Maul vollzuschöpfen. Sie würden etwas weniger anmaßend sein, „Schmüßer- sündenbände“!!!

Raymond Radisson.

Handel und Verkehr.

Wangen i. A., 5. April. Der Wochenmarkt war nicht sehr zahlreich besucht. Kartoffel 5000 bis 5200 Mark, Kolenkartoffel 8000 bis 9000 Mark der Zentner. Der Baummarkt war Licht befahren. Nichtenpflanzen 5000 bis 5500, Fichten 3000, Eschen 5000 Mark der 100 Stück. Magerer Verkehr auf dem Ferkelmarkt bei einer Futur von 370 Stück. Preis 120 000 bis 160 000 Mark der Stück, Käufer bis 250 000 Mark. In kurzer Zeit war alles verkauft.

Schwöb, 7. April. Dem Schweinemarkt wurden 46 Stück zugeführt und bis auf einige Stück verkauft um den Preis von 200 000 bis 400 000 Mark pro Paar.

Wehrpreis. Die Südd. Mühlenvereingung hat den Wehrpreis für Weizenmehl Spezial 0 unverändert auf 220 000 Mark festgesetzt.



Eilen Sie,

wenn Sie die Bestellung auf den „Engländer“ für Mai noch nicht vorgenommen haben. Die heutige Zeit mit ihren tief einschneidenden Ereignissen auf allen Gebieten macht das Halten einer Tageszeitung zur unbedingten Notwendigkeit.

Der „Engländer“ als Bezirksamtsblatt ist im Rahmen des technisch Möglichen bemüht, die Leserschaft über alle Erscheinungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet auf dem Laufenden zu halten.

Neueste Nachrichten.

Raumburg, 27. April. Die Raumburger Polizei ließ den französischen Kommunistenführer Mercier, der sich auf einer Propagandareise durch Deutschland befindet, während einer Kanngabe der kommunistischen Partei in Quersfurt verhaften. Die deutschen Kommunisten demonstrierten darauf vor dem Rathaus, jedoch ohne Erfolg.

Adin, 27. April. Von gestern nacht 12 Uhr bis heute früh 8 Uhr sind mit wenigen Ausnahmen alle Beamten der Stationen Rheinbach, Odenbach und Kottenforst, sowie der Streckenbaumeister der Bauabteilung Rheinbach, Regierungsbaumeister von Bauer, nebst drei weiteren Beamten dieser Abteilung verhaftet und mit einem Kraftwagen ins unbesetzte Gebiet abgeschoben worden. Es handelt sich insgesamt um 42 Bedienstete. Auf der Strecke München- Gladbach—Bieren entgleiste beim Bahnhof Helenendrunn ein belgischer Personenzug.

Koblenz, 28. April. Die Franzosen haben über die Moseldorfer Winningen, Lay und Gals den Belagerungszustand verhängt. Als Grund wird ein angeblicher Sabotageakt an einem von Trier kommenden Zug zwischen Gals und Winningen angegeben. Der Bürgermeister von Winningen und der Ortsvorsteher von Gals wurden verhaftet. Die Franzosen haben eine strenge Untersuchung des Vorfalls eingeleitet. — Gestern abend besetzten die Franzosen den Bahnhof Montabaur an der Strecke Sagen—Limburg, wodurch die letzte direkte Bahnstrecke zwischen Koblenz und Limburg lahmgelegt ist.

Idstein, 27. April. Forstmeister Breiden, der bisher die Oberförsterei Wörsdorf leitete, ist ausgewiesen worden.

Essen, 27. April. Gestern abend wurden in einer Wirtschaft 30 ehemalige Oberrealschüler, die sich dort zu einem Bierabend zusammengefunden hatten, von der französischen Kriminalpolizei verhaftet und nach dem Kohlenquadrat gebracht.

Essen, 27. April. Ein von einem Holländer gesteuertes Kraftwagen fuhr in schnellstem Tempo auf einen von entgegengesetzter Richtung kommenden Wagen, in welchem sich der Polizeipräsident von Essen befand. Bei dem Zusammenprall der Automobile wurde letzterer Wagen stark beschädigt. Der Polizeipräsident erhielt eine schwere Verletzung des

linken Beines. Die übrigen Insassen kamen mit leichten Schrecken davon.

Dinslagen, 27. April. Der Landrat Schludermann, Mitglied des preussischen Landtags, Bürgermeister von Dinslagen aus Dinslage und Landjäger Nerten sind von den Belgien als Geiseln verhaftet worden, weil bei Buchholz zwei belgische Kanalposten angegriffen wurden. Die Verhafteten befinden sich im Realgymnasium in Sterkrade.

Münster, 28. April. Die von den Franzosen in Betrieb gehaltene Südtrecke ist zwischen Vorbecke und Bommern an verschiedenen Stellen von unbekanntem Täter gesprengt worden, ebenso das Anschlußgleis der Jecher Wäldchen.

Dresden, 18. April. Der sächsische Ministerpräsident hat angeordnet, daß am 1. Mai alle staatlichen Behörden, Schulen usw. zu flaggen haben.

Leipzig, 27. April. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat beschlossen, seine Entscheidung über die Beschwerde der Deutsch-völkischen Freiheitspartei wegen Verbote der Landesregierungen von Preußen, Sachsen und Thüringen bis zur Erledigung der Untersuchung gegen Buch und Genossen, die im Zusammenhang mit der vorliegenden Frage steht, auszusetzen.

Berlin, 27. April. Im Ausland verbreitete Nachrichten, wonach die deutschen Behörden strenge Vorkehrungen zur Einschränkung des Fremdenzustroms nach Deutschland ergreifen hätten, haben Anlaß zu Warnungen vor Reisen von Ausländern nach Deutschland gegeben. Diese Warnungen sind unbegründet. Die Regierung wie die Wirtschaftskreise in Deutschland haben Maßnahmen gegen Ausländer von Ausländern getroffen. Geschäftsleuten, aber auch Touristen, Ferientouristen, Besuchern von Ausstellungen, Kongressen usw. werden für die Einreise und den Aufenthalt keine Schwierigkeiten bereitet. Eine weitestgehende Handhabung der Ausfuhrkontrolle ist gewährleistet.

Berlin, 28. April. Wie die Blätter mitteilen, hat sich das Reichskabinett heute mit dem deutschen Repräsentationsangebot, das in seiner vorläufigen Fassung festgehalten ist, beschäftigt. Am Sonntag sollen die Parteiführer des Reichstages den Inhalt des Angebots unterrichtet werden. Laut der „Leipziger Tageblatt“ dürfte auf die Einberufung des Reichstages am Dienstag oder spätestens am Mittwoch erfolgen.

Berlin, 28. April. Einer Korrespondenzmeldung zufolge findet morgen innerhalb der Spitzenorganisationen der Beamten und Staatsarbeiter eine Besprechung darüber statt, welche Schritte angefaßt werden auf allen Gebieten wieder ansetzenden Preissteigerungen zu ergreifen sind. Es ist zu rechnen, daß die Organisationen im Reichsfinanzministerium wegen einer Erhöhung der Aprilbezüge protestieren werden. Der mit den Organisationen vereinbarte Entwurf über die Neuordnung der östlichen Sonderrenten für Beamte wird noch heute oder morgen dem Reichstag unterbreitet werden.

Berlin, 27. April. Wie die Telegraphen-Anstalt mitteilt, ist der Vollzug des Haftbefehls des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik gegen den Redakteur Friedrich Eckart vorläufig ausgesetzt worden, da eine ärztliche Untersuchung die Diagnose als Langenschrumpfung bestätigt hat. Der Vollzug des Haftbefehls gegen den Redakteur Martin Weger war bisher unmöglich, da Weger nicht auffindbar ist und sich offenbar versteckt hält. Der Haftbefehl bleibt aufrecht erhalten und es dürfte demnach auch eine Ausschreibung im Zentralanfangungsblatt veröffentlicht werden.

Berlin, 27. April. Die Bothschafterkonferenz hat ihr durch Vermittlung der deutschen Bothschaft in Paris bis jetzt übermittelten Wunsch der deutschen Regierung, in der Frage des Optionsrechts der Remelländer gehört zu werden, abgelehnt. — Zwischen dem Kammergerichtspräsidenten und dem Leiter der Berliner Wachpolizei sind gestern eine Aussprache über die Marktgerichte statt. Es wurde festgelegt, daß die Gerichte entehenden Wucher mehrfach im Reich unterdrücken konnten. Die Marktgerichte sollen weiter ausgebaut werden. — Der Zweckerbund der Berliner Bäckermeister hat den Preis für ein marktfreies Brot von 100 auf 2000 Mark heraufgesetzt werden. Die Preise für die übrigen marktfreie Gebäck sind entsprechend erhöht worden. Begründet wird die Erhöhung mit dem Steigen des Mehlpreises.

Paris, 27. April. Wie erst jetzt bekannt wird, es vor ungefähr 14 Tagen in der Kaserne des Infanterie-Regiments Nr. 101 in Camp de Saton zu schweren Ausschreitungen. Die Soldaten des Jahrganges 1921 verlangten, zum Appell anzutreten, und verlangten ihre Entlassung, 15 Mann, darunter drei Unteroffiziere sind festgenommen worden. Darauf rühten die Mannschaften der 101. Infanteriekompanie mit roten Fahnen vor das Regimentsgebäude und verlangten die Freilassung der Verhafteten und Entlassung des Jahrganges 1921.

Paris, 27. April. Trotz der Proteste, die die Franzosen seitens erhobene Anschuldigung, daß England den Weltmarkt Deutschlands finanziere, in englischen Finanzkreisen hervorgerufen hat, hält der „Temps“ seine Behauptung aufrecht, daß es allein von England abhängen einen schweren deutsch-französischen Konflikt zu vermeiden nämlich die Engländer allein könnten Deutschland zum Widerstand aufzugeben, denn Deutschland habe kein Kredit nötig, die es von England bekomme.

Paris, 27. April. Im Generalrat des Nord-Deutschen Reichstages sprach sich Louchere für die Fortsetzung der Verhandlungen und für den Poincaré'schen Zahlungsplan aus.

London, 28. April. Bonar Law wird mit Genehmigung des Königs auf ärztlichen Rat eine kurze Seereise unternommen. Er beabsichtigt, noch vor Zusammenritt des Parlamentes nach den Pfingstferien zurückzukehren. Die Regierung hat er da wieder den vollen Gebrauch seiner Stimme haben wird.

Dublin, 28. April. Das Hauptquartier der

ellen hat gestern...
Kapitäl, 28.
den gestra...
liegen nod...
ernamdamper...
die Küste em...
logieren zu sud...
Polizei gebeten,
den unbemohn...
Boote mögliche...
ung besagt, da...
ander angekom...

Stuttgart, 27.
ung des Minister...
Rechtswegs gericht...
Kanzlung des Reich...
König. Es ist g...
Juristen geben ke...
den die Staatsb...
schüsse aus, daß...
Weg. Keil sunge...
heißt, teils unvoll...
erscheinen. Weiter...
ten nicht erho...
betrages durch...
scheidung fest...
1919 mit Rechts...
die er für seine...
Anliegen eines...
den Berlangen...
In dem dritten...
jahrlos trotz...
annalshalt fest...
aus nicht verlos...
hoff sein Rechts...
nicht anerkannt...
lanten Beitrags...

Beitrag...
München, 27.
1. Mai einen gro...
Wahl angeordnet...
merkenswert ist...
Kommunisten die...
lken werden im...
den Zug vertret...
nachdrücklich...
bernen an diese...
erklärten bereit...
den die Aufroll...
halten werden...
von besondere...
zwischen Nation...
ersten Strömung...
besteht vorer...
macht wurde, so...
den. Die Sozial...
preis worden...
ten, daß sie in...
angereicht w...

Rein...
Eben, 27. April.
undes mitgeteilt...
nachungen, daß...
sinn französisch...
kundes erfolger...
zung der böhmi...
Mit einer solch...
Reiz in allen...
sächlicher Seite...
„Daily Telegra...
ordnung des...
Seite angefaßt...
in den Kriegen...
reiviers berech...
benen eine Lin...
konnte, und die...
ordnung, die...
Wirtschaftsleh...
von den Verfa...
Wiese überbet...
gandred von...
hat und mehr...
Belagerung we...
die Bergarbeit...
zu bewegen...
ungsmittel d...

haben wird...
Dublin, 28. April.
Das Hauptquartier der



